Nummer 216 — Halle, Dienstag, den 15. September 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

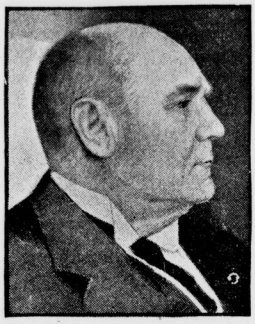
Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Beiträgerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Die Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderen Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Dr. Solf,

der deutsche Botschafter in der japanischen Hauptstadt Tokio, der gegenwärtig die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Japan führt.

*

Der Reichspräsident ist gestern abend, aus Schwerin kommend, in Berlin wieder eingetroffen. Sein Manöveraufenthalt in Mecklenburg hatte im ganzen Lande eine Begeisterung ohnegleichen ausgelöst.

*

Auch im ersten Drittel des August hat sich der günstige Stand der Reichseinnahmen fortgesetzt. Die Reichshauptkasse vereinnahmte in diesem Zeitraum rund 11 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vormonats.

*

In der Zeit vom 16. bis 31. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 210 000 auf 231 000, d. h. um rund 10 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 188 000 auf 209 000 erhöht, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht nennenswert geändert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 266 000 auf 286 000 gestiegen.

*

Eine Deutsche Mittelstandspartei hat sich in Berlin durch Zusammenschluß der Aufwertungs- und Aufbau-Partei, der deutschen Aufwertungs- und Aufbau-Parteien und der Partei für Handel, Handwerk und Gewerbe gebildet.

*

In der Affäre Kußmann-Caspari-Knoll hat die Verteidigung des Hauptmanns a. D. Knoll gegen die Einstellung des Verfahrens gegen Regierungsdirektor Dr. Weiß, Beschwerde beim Generalstaatsanwalt des Kammergerichts eingereicht.

*

Vertreter schwedischer Banken weisen seit Freitag in Berlin, wie es heißt, zum Abschluß von Krediten für die deutsche Exportindustrie.

*

In Darmstadt sind zwei französische Soldaten in voller Uniform, die ziemlich heruntergekommen aussahen, von der Polizei festgenommen worden. Aus ihren Aeußerungen war zu schließen, daß sie aus Furcht vor dem Abtransport nach Marokko desertiert sind.

*

Die Pariser „Humanité" meldete, daß bis jetzt einige 80 Deserteure der Besatzungsarmee am Rhein von Deutschland, auf dessen unbesetztem Gebiet sie ergriffen worden waren, an Frankreich ausgeliefert worden sind. 12 der Ausgelieferten seien bereits zur lebenslänglichen Deportation verurteilt worden. Nach unserer Kenntnis der Dinge handelt es sich bei der Mehrzahl der auf Grund des Versailler Vertrags Ausgelieferten um Marokkaner und Elsässer. Ob die von der „Humanité" angegebene Zahl zutreffend ist, konnten wir nicht feststellen.

*

Der französische Kultusminister de Monzie wird auf der Durchfahrt nach Kopenhagen in Berlin den preußischen Kultusminister besuchen. Es wird versichert, daß er nur Schulfragen mit ihm besprechen will. — Wir meinen, er sollte uns mit seiner ganzen französischen „culture" und der unheimlichen Anbiederei verschonen.

*

Der „Herald" meldet aus London, die englische Regierung habe den Bau einer Anzahl von Luftschiffhäfen durch die Firma Vickers nach dem Muster der Zeppelinhäfen in England, Aegypten und Indien in die Wege geleitet. In England würden acht Luftschiffhallen nach dem Zeppelinsystem errichtet.

Vor einem Eisenbahnerstreik?

Die Eisenbahner lehnen den Schiedsspruch ab.

Die Tariforganisationen der Eisenbahner haben am Sonnabend in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister mitgeteilt, daß sie den Schiedsspruch in jeder Beziehung ablehnen müßten. Dieser gehe erstens von falschen Voraussetzungen aus, indem er eine noch gar nicht bewiesene Preissenkungsaktion und eine finanzielle Notlage der Reichseisenbahngesellschaft unterstelle. Zweitens berücksichtige der Schiedsspruch nicht die tatsächlichen Verhältnisse, die insbesondere darin beständen, daß seit der durch Schiedsspruch vom 13. März getroffenen Lohnfestsetzung eine sehr erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei.

*

Damit ist noch nicht gesagt, daß es zu einem Streik kommt, es muß abgewartet werden, ob die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches erfolgt; aber es scheint unter den Eisenbahnern in verschiedenen Großstädten starke Streikstimmung zu herrschen. Uns wird aus Berlin gedrahtet, daß die Bewegung unter den Eisenbahnern in den Berliner Werkstätten zur

Bildung vorbereitender Streikkomitees

geführt hat. In Kreisen der radikalen Betriebsräte der Werkstätten soll die Absicht bestehen, über den Kopf der offiziellen Gewerkschaften hinweg die Eisenbahner der Reichsbahn zum Streik zu treiben. Auch die Artikel der „Roten Fahne" sind seit einigen Tagen auf den gleichen Ton eingestellt, sie sprechen wieder von dem „Griff an die Gurgel des Staates durch die Eisenbahner". Aus Hamburg und Altona wird gemeldet, daß die dortigen Werkstättenarbeiter den Beginn der Arbeitseinstellung auf den 1. Oktober festgesetzt haben.

Ob die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs die kommenden Ereignisse noch abwenden kann, erscheint fraglich.

Eine Schwenkung Englands in der Sicherheitsfrage?

Zweifellos haben die letzten Tage in Genf die Idee des Sicherheitspaktes wesentlich verschoben. Aber Herr Stresemann konnte in Nordernej dem Vertreter einer amerikanischen Nachrichtenagentur erklären, der deutsche Standpunkt bleibe durch alle Genfer Beschlüsse unberührt. Zu gleicher Zeit, da das Reichskabinett Anfang der neuen Woche in Berlin zusammentritt, wird der englische Botschafter wieder in Berlin eintreffen.

Wenn man der Londoner „Daily News" Glauben schenken darf, bringt der britische Lord der deutschen Regierung wichtige Eröffnungen Großbritanniens, die eine Unterstützung des deutschen Standpunkts in seinen wesentlichen Teilen darstellen soll.

Der Botschafter war am Mittwoch noch bei Baldwin in Aix les Bains.

Jedenfalls stellen die Londoner Samstagszeitungen fest, daß Chamberlain diesesmal in Genf nicht umgefallen ist. Die Hoffnung auf England hat Deutschland schon einmal unter Wirths Führung um Oberschlesien betrogen. Die heutige Regierung wird jedenfalls vorsichtiger und fester sein. Alle bisherigen Erörterungen waren streng vertraulicher Art.

Englische Ablage an Italien.

Die Londoner „Times" melden aus Rom: Italien nimmt an der Paktkonferenz nur als stummer Zuschauer teil. Mussolinis Vorschlag, die Paktbesprechung auf die italienischen Grenzen auszudehnen, ist endgültig am Widerstand Chamberlains gescheitert. Der britische Außenminister konnte sich auf einen Beschluß Australiens berufen, wonach das britische Reich andere Bindungen und Garantien als zur Vermeidung eines neuen deutsch-französischen Krieges nicht übernehmen soll.

*

Bei Lloyd in London wettete man am Sonntag für einen Paktvertrag zwischen Deutschland und Frankreich bis Jahresende 1 zu 2. — Da man 8 Tage vorher 5:1 wettete, sind also die Hoffnungen auf den Paktabschluß stark zurückgegangen. Die Engländer wissen warum: weil das, was Frankreich von uns (und vielleicht auch von England) fordert, unannehmbar ist.

*

Die „Times" melden die Abreise des englischen Vertreters zur alliierten Botschafterkonferenz in Paris. Die bevorstehende Anwesenheit des Generals Walch in Paris stehe in unmittelbarer Beziehung zu den bisher ergebnislos gebliebenen Berliner Verhandlungen über die Durchführung der alliierten Entwaffnungs- und Luftfahrtnote.

Ministerrat in Berlin.

Reichskanzler Dr. Luther hat sämtliche Reichsminister zu einem Ministerrat auf Mittwoch, den 23. September, nach Berlin eingeladen, nachdem er gestern in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Schubert den Bericht des Ministerialdirektors Dr. Gauß entgegengenommen hatte. Dr. Gauß ist vom Reichskanzler im Einvernehmen mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann beauftragt worden, als Grundlage für die Entschließungen des Ministerrates einen ausführlichen schriftlichen Bericht auszuarbeiten.

Oesterreich als Objekt der Politik.

Mit Mühe und Not hat man in Genf zwischen der österreichischen Delegation und dem Finanzkomitee des Völkerbundes ein Kompromiß zustande gebracht. Die von Oesterreich angestrebte Aufhebung der Finanzkontrolle, die den Anschlußgegnern einen neuen Antrieb geben sollte, ist wohl zustande gekommen, aber in verschleierter Form bleibt die Finanzkontrolle doch weiterhin bestehen, so daß die Anschlußgegner nur einen halben Erfolg buchen können.

Das Kompromiß ist insofern bemerkenswert, als daraus hervorgeht, daß auch beim Völkerbund eine starke Strömung besteht, die sich einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht mehr ohne weiteres widersetzen würde.

Wäre diese Strömung, zu der auch ziemlich maßgebende Kreise gehören, nicht vorhanden, so hätte man, schon um die Anschlußfrage für die nächste Zeit überhaupt auszuschalten, dem österreichischen Antrage auf vollständige Aufhebung der Finanzkontrolle ohne weiteres Folge gegeben.

Natürlich ist es noch nicht so weit, daß man aus dem Vorhandensein dieser Strömung bereits optimistische Schlüsse ziehen kann. Das ist auch nicht notwendig. Für uns ist es bereits erfreulich, daß damit eine gewisse Neutralisierung der Ansichten sich angebahnt hat.

— Der vorstehenden Auffassung unseres Berliner Vertreters, daß aus der Beibehaltung einer gewissen Finanzkontrolle auf eine Abnahme der Anschlußgegnerschaft zu schließen sei, ist zweifellos interessant, doch scheint sie uns etwas optimistisch und zu sehr durch die Brille unserer deutschen Wünsche gesehen zu sein. Die unvollständige Aufhebung der Kontrolle ist ebensogut aus Deutschfeindlichkeit und Niederdrückungssucht zu erklären. Die Schriftltg.

Innerhalb des Völkerbundes wird erwogen, zum Präsidenten des Saargebietes an Stelle des zurücktretenden Franzosen Raoult den Tschechen Dr. Bezinski zu ernnen. Das heißt, den Teufel mit Beelzebub austreiben und zeigt wieder so recht deutlich die Parteilichkeit und Franzosenfreundlichkeit des Völkerbundes.

Ein neuer französischer Kolonialaufstand.

Die „Aktion Française" meldet, daß die französische Kolonie Indochina von einem Eingeborenen-Aufstand bedroht ist. Die dortigen Militärbehörden hätten Verstärkungen und Material angefordert. — Hoffen wir, daß die Sache ernst wird. Frankreich hat in diesem Gebiet früher schon sehr blutige und durch das mörderische Klima verlustreiche Kämpfe gehabt. — Ob die Engländer an dem Aufstand ebenso unschuldig wie am Drusenaufstand sind, bei dem in den ersten Tagen ein vorlauter Drusenführer die englische Flagge hißte?

Reallohn der Vorkriegszeit.

S. Der „Vorwärts" sagt:

„Die Gewerkschaften haben mit ihren Lohnkämpfen ein einfaches und gerechtes Ziel vor Augen. Sie wollen den Reallohn der Vorkriegszeit wieder erreichen."

Gewiß, — das ist das Endziel aller vernünftigen Volkswirtschaft, — die Gesamtleistung so zu gestalten, daß das Familieneinkommen von zwölf Millionen deutscher Familien eine zureichende und gesicherte Existenz bedeutet. „Gesichert" vor allem; — denn die Unsicherheit ist ja das Schauerlichste für eine vom Boden gelöste Industriebevölkerung.

Die Staatsverwaltung, das Verkehrswesen, das Bankwesen, das große Unternehmerkapital — alles ist nur dazu da, diese Sicherheit herbeizuführen.

Das ist schwer; denn unser Volk wächst, und schon dadurch wird der Reallohn jeder Familie immer kleiner, wenn nicht Verbesserung der Produktion stattfindet. Gegenwärtig sind wir in einem Zustand, wo wir uns täglich weiter vom Reallohn der Vorkriegszeit entfernen. Die unablässige Sorge aller Staatsmänner, aller Erfinder, aller Unternehmer und schließlich auch der Gewerkschaftsführer muß sein, — den Reallohn zu steigern.

Ist es denn nun möglich, mit politischen Mitteln, mit Streik, mit Lohnkämpfen mit „direkter Aktion" den Reallohn wieder herzustellen? Mir fällt

eine alte Fabel

ein. Es war einmal ein Hund, der hatte eine Wurst im Maule und kam an einen Teich und sah darin im Spiegelbild einen anderen Hund, der hatte eine größere Wurst im Maule. Er schnappte nach der größeren Wurst und ließ die seinige fallen, welche ins Wasser plumpste.

Die Wurst ist der Reallohn. Das Spiegelbild von Wurst im Wasser ist der Reallohn, den euch die lohnkämpferischen Gewerkschaftsführer versprechen. Das Bild der Fabel trifft übrigens nicht nur auf die streiflustige Arbeiterschaft zu, sondern ebenso auf ein Kohlensyndikat, welches etwa durch Ringbildung die Kohlenpreise auf einer Höhe halten will, wo Kohlen und Eisen keinen Markt mehr finden, oder auf eine Landwirtschaft, welche durch Zölle das Preisniveau in Deutschland erhöhen will, wo doch die Kaufkraft der industriellen Arbeiterschaft nicht da ist, die das bezahlen soll. (Es gibt eine Agrarpolitik, welche diesen Fehler nicht hat.)

Alle diese schnappen nach dem größeren Wert im Spiegelbild des Geldes und erreichen ihn nicht. Preiskämpfe sind dasselbe wie Lohnkämpfe. Es gibt nur einen exakten und gerechten Richter zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Verbraucher und Erzeuger, zwischen Stadt und Land: —

der freie Markt.

Der höchste Reallohn, den jeder Klassenkampf nur verringern, nicht vermehren kann entsteht auf dem freien Arbeitsmarkt.

Ist es möglich, daß es nach den Erfahrungen der Inflationszeit noch nachdenkende deutsche Arbeiter gibt, welche nicht eingesehen hätten, daß es unmöglich ist, mit Klassenkampf den Reallohn zu erhöhen? Wie kommt es denn aber, daß abermals die Führung der deutschen Gewerkschaften, sogar einschließlich der christlichen, — darauf verfällt, den Klassenkampf, den Lohnkampf mit politischen Mitteln wieder anzufachen?

Die Erklärung ist psychologisch einfach. Irrtum und Leidenschaft stecken an. Wenn die Leidenschaften hochgehen, hört das klare Denken auf, — beim einzelnen sogar und bei der Masse erst recht. Tatsache ist, daß die Preise steigen, — also der Reallohn fällt. Nun ergreift die Existenzangst Hunderttausend Elternherzen. Von jetzt ab sieht man in der wachsenden Teuerung nicht mehr die Gewalt der Dinge; — man will sie nicht mehr sehen. Man sieht dahinter die Bosheit von Menschen. Der Fleischer ist schuld, der Bäcker ist schuld, der Zwischenhandel, das Kapital, die Unternehmerschaft. — Es besteht tatsächlich die Gefahr und von Woche zu Woche steigt sie, daß abermals

der soziale Kampf zur Siedehitze der Revolution

angefeuert wird. Es ist aber ein Unterschied: Damals war es wie das Plündern einer reichen Stadt, heute ist die allgemeine Not viel größer; also auch die Gefahr viel größer. Der Wahnsinn in diesem Tun ist viel offenbarer.

Die nächste Folge muß ja sein: der Sturz der Währung und damit der Sturz sämtlicher Reallöhne und Gehälter in Deutschland in die Tiefe.

Es ist doch klar, daß dieser Weg bergab führt. Die enttäuschten Massen werden entweder sehr bald wieder umkehren müssen, — oder sie lassen sich auf den blutigen Weg jagen und damit noch tiefer ins Elend. Aus dieser Tiefe wird es nur ein sehr mühsames Wiederansteigen geben, ohne jeden Aufenthalt durch Streik.

Es ist Zeit, daß sich die Geister scheiden: diejenigen Gewerkschaftsführer, welche die Gefahr der zerstörischen Tat erkannt haben, sollten sich trennen von denen, welche in ihrem blinden oder satanischen Eifer durchaus das rote Feuer an Deutschland legen wollen. Wir müssen den klassenkämpferischen Gewerkschaften die aufbauen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250915017/fragment/page=0001

den und erhaltenden Gewerkschaften gegenüberstellen.

Es gibt ein wundervolles Ziel und eine große Aufgabe für die deutschen Gewerkschaften: nämlich die deutsche Arbeiterschaft richtig zu führen, — diesen riesengroßen, lebensstarken, lebendigen Körper „Arbeit", der, mit etwas Entbehrungskraft angetan, unüberwindlich ist, durch die Gefahrenzone der nächsten Jahre hinwegzutragen, — ihn stark zu machen, seine Kraft zusammenzufassen, mit einem ruhigen Selbstbewußtsein zu erfüllen und — gegenüberzustellen seinem Partner und notwendigen Gegenspieler „Kapital", — dies alles in einem gemeinsamen aufbauenden Sinne der höchsten Arbeitsleistung.

Mit 34 Milliarden Lohn- und Gehaltsquote kann die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft ihr Leben erhalten, wenn sie in diese nichtssagende hohle Zahl die größte Produktionsleistung hineintut.

Wenn nur die Moral der Arbeit sich umkehrt, daß in der Zeiteinheit nicht mehr möglichst wenig — im Kampf gegen den Unternehmer, — sondern möglichst viel Leistung hineingetan wird, — mit Hilfe der Unternehmerschaft, — so kann der Reallohn der Vorkriegszeit sehr bald wieder erreicht werden, — insbesondere nach einer energischen Umschaltung qualifizierter Arbeit von Industrie auf Landwirtschaft.

Bei der Unternehmerschaft ist die Vorstellung verbreitet, als könnte es in der Zukunft eine deutsche Arbeiterschaft ohne Gewerkschaft geben. Das ist irrig. Gewerkschaften müssen sein. Aber es müssen Gewerkschaften mit einem neuen Geiste sein. Gewerkschaftsführer müssen sein; — aber sie müssen vom Geiste der Volksgemeinschaft erfüllt sein. Wir brauchen nationale Gewerkschaften, welche

Deutschland erbauen, aber nicht zerstören wollen.

Diese haben ein wunderbares Feld vor sich. Die ganze Sozialhygiene, die friedliche Beherrschung des Arbeitsmarktes, des Arbeitsnachweises, des Versicherungswesens, des Arbeitsbildungswesens, des Arbeiterwohnungswesens — dies alles ist ihr Feld, und hier liegen Möglichkeiten verborgen, welche den Reallohn um ebensoviel erhöhen, wie ihn der blöde Lohnkampf erniedrigt.

Wenn es den Gift mischern und Brandstiftern gelingt, das deutsche Arbeiterwolk abermals in den Klassenkampf hineinzujagen, so wird die Zerstörung viel größer sein, als in Rußland. Denn das deutsche Städtevolk ist viel leichter zu morden, als das russische Agrarvolk.

Ist es nicht möglich, daß die Gewerkschaften selbst eine Feuerwehr bilden gegen die Brandstifter?

Es gibt eine wunderbar stolze Zukunft für diejenigen Gewerkschaften, welche Deutschland nicht zerstören, sondern aufbauen. Die wahre Menschenpflege wird sich lohnen. Sie werden in jeder Staatsverfassung als die unentbehrlichen Wächter und Hüter des Volkes erkannt werden.

Sozialistischer Parteitag.

In Heidelberg wurde gestern der diesjährige sozialdemokratische Parteitag eröffnet. Es ergibt der Bericht des Parteivorstandes, daß der gesamte Mitgliederbestand der Partei für den 31. März 1925 [illegible]85, darunter 153 693 Frauen beträgt. Das bedeutet einen Rückgang von rund 100 000 gegenüber dem Vorjahre. Besonders traß ist der Mißerfolg der Sozialdemokraten in der Jugendorganisation. — Interessant ist ferner, daß die englischen und französischen Genossen trotz Einladung nicht erschienen sind. Wie lange wollen die deutschen Sozialdemokraten sich noch weiter mit ihrem Internationalismus lächerlich und verächtlich machen? Die Ohrfeige, die der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, in Paris von Herriot bekommen hat und die polizeiliche Beseitigung des deutschen Kranzes vom Grab des unbekannten Soldaten in Paris, sollten doch eigentlich genügen.

*

Auf dem in Rom tagenden Kongreß der Interalliierten Frontkämpfer haben sich die italienischen, französischen, belgischen, tschechischen und rumänischen Frontkämpfer gegen die Aufnahme der deutschen Frontkämpfer erklärt. — Da sieht man wieder das wahre Gesicht des Internationalismus und der Völkerverschönung!

Mussolinis Hoffnungen und Sorgen.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Weltstadt Rom.

Mussolini — kann man überhaupt einen römischen Brief mit einem anderen Wort anfangen? — versprach, aus der ewigen, der zweimal thronenden Stadt, die Hauptstadt der Welt zu machen. Denen das Versprechen gegeben wurde, die Italiener drinnen und draußen, sie hörten es mit ungetrübtem patriotischen Stolz. Die Archäologen aller Länder freuten sich über die grandiosen Ausgrabungen des Augustusforums; die Fremden über die Bahn nach Ostia; nur die guten Quiriten selber trauten sich etwas verlegen den Bart — denn an ihnen lag es ja schließlich, die nötigen Soldi für einen derartigen Ausbau der Tiberstadt aufzubringen. Augustus, dachten sie im Stillen, Augustus hätte dem Spaten auch einen goldenen Griff gegeben . . .

Das ging Mussolini zu Herzen, wenn auch sein Vorbild mehr Julius Cäsar ist. Er beschloß also, mit einem einzigen Aufräumen die Hindernisse auf dem Wege zur Weltkapitale aus dem Wege zu schaffen, und aus der Stadt Rom einen Regierungsbezirk zu machen, ein Gouvernat, mit einem Gouverneur anstelle des Bürgermeisters. Damit mußte der kleinliche kommunale Steuerkram fallen, die Pfennigfuchserei, das mühsame Zusammenscharren, bevor man ans Ausgeben denken konnte.

Jetzt greift einfach der Staat selber, die Mutter Italia in den Säckel, wo es nottut. Rom ist Nationaleigentum, der Kopf, den der gesamte Volkskörper in seinem eigenen Interesse ernährt muß. Echt mussolinisch, sagen die Quiriten befriedigt.

Die mißglückten Flottenmanöver.

Hinter der Welthauptstadt Rom muß logischerweise auch eine Weltmacht stehen, rechnet Mussolini. Er gibt also dem Marineminister Mussolini den Auftrag, die Flotte angesichts des mißlichen Ausgangs der großen Flottenmanöver gehörig zu verstärken, beauftragt den Luftwehrminister Mussolini, die Luftstreitkräfte auf eine den anderen Mittelmeermächten überlegene Zahl zu bringen, ermächtigt den Außenminister Mussolini, bei den demnächstigen Konferenzen um die sogenannte europäische Sicherheit ein Wörtlein mitzusprechen, und dringt in den Kriegsminister Mussolini, daß er doch ja das Pulver trocken halte, was am besten durch den intensiven Ausbau der schwarzen Armee geschehe. Hat der Senat etwa nicht Grund genug, neue Rüstungskredite zu bewilligen? Sollen die braven Matrosen umsonst mit dem Veniero ins nasse Grab gesunken sein?

Ein Kreuser geschleitert, ein ganz modernes, erst im vorigen Jahr von Stapel gegangenes Großtauchboot mit 61 Mann gesunken; zwei Großkampfflugzeuge zerstört — das ist freilich etwas viel für ein Manöver, wenn man bedenkt, daß es schon am ersten Tage mit der unvorschriftsmäßig geglückten Landung der feindlichen Streitkraft zu Ende war. Und eine Landung, man denke, trotz des Einsatzes einer faszistischen Landarmee! So etwas durfte einfach nicht vorkommen, hatten doch die zwei Dutzend Kriegsberichterstatter, die dem gewaltigen Kampf auf der Citta di Trieste beiwohnen — wollten, ihre Aufgabe bereits glänzend gelöst: die dunkelste Provinz erstrahlte im Bewußtsein, daß eine unbesiegliche Armada die Küsten schütze. Und nun hatte der feindliche Admiral, geschützt von drei Dreadnoughts, einfach seine Mannschaften in Sizilien ausgeschifft. Was tut man in einem solchen Fall? Ein Unterseeboot putzt einfach alle drei Dreadnoughts weg und somit ist der „glänzende Sieg der nationalen Streitkräfte" entschieden.

Da eine Kritik im faszistischen Italien nicht erlaubt ist, erfuhr der unsachverständige Bürger erst nach geraumer Zeit aus einer amtlichen Verlautbarung, es lasse sich noch nicht recht sagen, wer gesiegt habe. Doch begegnet man bereits einigen alten Seebären und jungen Draufgängern, die eine Parallele ziehen zur französischen Flotte. Daß dabei alle Augen nach Marokko gerichtet sind, versteht sich. Mussolini kann jetzt nicht nur auf das Beispiel von Gallipoli hinweisen, sondern auch auf die Schwierigkeiten, die sogar den vereinigten französisch-spanischen Schiffen an der Küste der Rifkabylen erwachsen sind. Der Ernst des Krieges würde zweifellos die italienische Wehrmacht auf keiner geringeren Stufe sehen als Türken und Mauren.

Augen auf Marokko!

Im übrigen verfolgt auch das politische Rom die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz mit weit größerem Interesse als „die Friedensoperette in Genf". Es ist sicher, daß Italien zur Stelle sein wird, wenn es nach dem Verbluten der Rifleute zur Beuteteilung kommen sollte; schon heute wird erklärt, die marokkanische Frage berühre Lebensinteressen Italiens, und es scheint gar nicht ausgeschlossen, daß man sich dann auch über das gefährliche tunesische Pulverfaß unterhalten wird. Frankreich könnte heute die unbedingte Freundschaft der lateinischen Schwester gegen gewisse Zugeständnisse haben, zu denen sich der gegenwärtige französische Nationalstolz niemals hergeben wird: Tunis, Korsika, Nizza. Aber jede Erörterung hierüber muß nutlos erscheinen, und diese zwangsläufige Zuspitzung der Gegensätze ist es, die fortgesetzt die Spannung über dem Mittelmeer nährt und auch in die Rheinpolitik eingreift.

Denn Italien steht somit vor der Frage: Inwiefern kann mir ein Sicherheitspakt nützen oder schaden? Augenblicklich brauche ich gewiß Frieden, etwa noch zehn Jahre lang, denn ich bin noch nicht bereit; aber dann?

Daher die zwiespältige Stimmung in Rom, sobald von einer dauernden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Rede ist. Italien fürchtet, und diese Furcht schwingt als Leitmotiv durch seine militärische Politik sowohl, wie durch seine wirtschaftliche, bei der Neuordnung Europas, plötzlich zwischen zwei Stühlen zu sitzen. In den düstersten Farben werden die Gefahren eines Industrieblocks an die Wand gemalt und in phantastischen „Interviews" die Geheimnisse der Stresemannschen Versöhnungspolitik entschleiert: Es ist klar: Deutschland verzichtet freiwillig auf Elsaß-Lothringen gegen den Anschluß Oesterreichs."

Nun weiß zwar niemand in Italien zu sagen, worin denn die schreckliche Gefahr einer Vereinigung der deutschen Brüderstaaten für Rom bestehe, aber, und das ist des Pudels Kern, Mussolini käme um ein prachtvolles Versöhnungsgeschenk an Deutschland, wenn Paris den Anschluß Oesterreichs vorher zugestände. Politik ist heute wie nie zuvor ein Geschäft, und Italien wie nie zuvor handelsklüg. Die deutschen und die italienischen Herren, die seit Jahr und Tag an dem Handelsvertrag herumkauen, haben nichts zu lachen. Immer möchte man die Politik hineinspielen lassen.

G. Eberlein.

In der Schlußsitzung des englischen Gewerkschaftskongresses wurde der aus 32 Mitgliedern bestehende neue Generalrat gewählt. Die acht neu gewählten Mitglieder, darunter der Eisenbahnführer J. H. Thomas, gelten als Angehörige der gemäßigten Richtung in der englischen Arbeiterbewegung.

*

Die Londoner „Daily Telegraph" meldet: Sonnabend mittag wurden 55 ausländische Kommunisten aus England abgeschoben, unter ihnen ein Mitglied der Sowjetgesandtschaft. 189 Kommunisten befinden sich noch in Polizeihaft und sehen ihrer Abschaffung entgegen, sobald ihre Staatszugehörigkeit festgestellt ist.

In dem großen englischen Kriegshafen Ostasiens, Singapore, ist eine Zweigstelle der Kuomintang genannten chinesischen revolutionären Vereinigung, deren Hauptquartier sich in Kanton befindet, entdeckt und aufgelöst worden. Das ist das erste Anzeichen dafür, daß die Unruhen in China ihre Rückwirkung auch auf die Malayische Halbinsel äußern.

*

Das Warschauer staatliche Arbeitsvermittlungsamt erhielt eine neue Verfügung, die die Ausstellung von Bescheinigungen von Auslandspäßen für Arbeiter nach Frankreich verbietet. Die Polen scheinen üble Erfahrungen gemacht zu haben.

Die Finanzlage Preußens.

221 Millionen Fehlbetrag; Ersparnis durch Beamtenabbau: 36 Millionen.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages begann am Sonnabend die Beratung des Etats des Finanzministeriums. Dabei spielten die Wünsche der Beamtenschaft eine besondere Rolle. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff teilte mit, daß er mit dem Reich wegen Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 Mark an die Beamten verhandelt, aber eine Ablehnung erfahren habe. Er habe dann nochmals mit dem Reich darüber verhandelt, ob und welche Mittel dieses für die Aufbesserung der Bezüge der Beamten verfügbar machen könne. Die Antwort sei aber wieder ablehnend gewesen.

Preußen könne natürlich unmöglich allein vorgehen, seine Finanzlage sei noch trostloser als die des Reiches. Nach den neuesten Berechnungen müsse er mit einem Fehlbetrag von 221 Millionen rechnen.

In der Frage der Auseinandersetzung mit dem Hohenzollernhause würde der Erlaß eines Ermächtigungsgesetzes durch das Reich zweckmäßig sein. Das werde aber gegenwärtig nicht zu erreichen sein. Man stehe daher erneut in Vergleichsverhandlungen. Sollten diese zum Ziel führen, so müsse man auch von seiten der früheren Krone Entgegenkommen beweisen. Bezüglich der Staatsoper in Berlin müsse man weitgehende Wünsche auf Erweiterungen zurückstellen. Die Verwaltungsgebühren seien ermäßigt worden.

Die Zahl der Beamten sei von 1923 bis 1925 von 157 000 auf 149 000, also um 5,6 Prozent, vermindert worden, die Zahl der Angestellten von 25 000 auf 18 000, gleich 22,7 Prozent, die Zahl der Arbeiter von 16 000 auf 14 000, gleich 14,4 Prozent. Die Ersparnis werde auf 36 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Aus dem Landtag.

Der Preußische Landtag nimmt am Dienstag, den 22. September, nachmittags 2 Uhr, seine Vollsitzungen wieder auf. Die Tagesordnung bringt an erster Stelle einen Antrag auf Schaffung von Wohnungen für ausgewiesene verheiratete Schutzpolizeibeamte des Ruhrbezirks. Der Antrag soll ohne Aussprache dem Ausschuß überwiesen werden. Weiter steht auf der Tagesordnung der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Vorkommnisse bei der Preuß. Landesgfandbriefanstalt.

Dem Preußischen Landtag ist eine Verordnung zur Aenderung des Gesetzes über das Beschwerdegericht für Entscheidungen der Aufwertungsstellen zur Beschlußfassung zugegangen. Danach wird bestimmt, daß im Geltungsbereich des § 74 des Reichsgesetzes über Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen für die Entscheidung über das Rechtsmittel der sofortigen weiteren Beschwerde das Kammergericht zuständig ist.

In einer kleinen Anfrage der Deutschen Volkspartei wird darauf hingewiesen, daß das Forstamt der Landwirtschaftskammer Ostpreußen

eine Musterfarm zur Züchtung von Silberfüchsen

angelegt hat. Das Staatsministerium wird aufgefordert, dieses Unternehmen zu fördern und in den geeigneten Staatsforsten die Anlage solcher Farmen zu veranlassen. — Weitere Anfragen der Deutschen Volkspartei beschäftigen sich mit dem Rückgang der Produktion im niederelbischen Obstbaugebiet, der durch ein Insekt verursacht worden sein soll, und mit der Ermäßigung der Postzeitungsgebühren und Beschleunigung der Zeitungsbestellung auf dem Lande.

Wegen der Bestätigung eines burchaus deutschfeindlichen polnischen Amtsvorstehers im Kreise Stuhm hat nach den Deutschnationalen auch die Deutsche Volkspartei eine kleine Anfrage im Landtag eingebracht. In dieser Anfrage wird die Unrichtigkeit der Behauptung betont, daß die Bevölkerung des Kreises Stuhm überwiegend polnisch sei. Bei der Abstimmung im Juli 1920 seien fast 80 Prozent aller Stimmen für Deutschland abgegeben worden. Bei den letzten Wahlen seien von rund 20 000 abgegebenen Stimmen nur rund 2000 auf die polnische Liste entfallen.

Gräfin Mariza.

Hatten schon die beiden ersten Opernaufführungen den Eindruck hervorgerufen, daß es dem Intendanten nicht schwer fallen dürfte, mit den neuen Führern und Truppen im Winterfeldzuge von Erfolg zu Erfolg zu schreiten, so brachte gestern die Vorstellung der vom Publikum so warm aufgenommenen Operette geradezu die Gewißheit, daß es auf dem Terrain der leichtgeschürzten Muse sogar einen Sieg auf der ganzen Linie geben wird.

Bereits die Art und Weise, wie die Ouvertüre ausgearbeitet war, wie Licht und Schatten verteilt, das Tempo je nach dem Charakter modifiziert wurde, sagte dem hellhörigen Besucher des Theaters, daß da unten im Orchesterraum ein geschmackvoller, taktkräftiger und temperamentvoller Musiker den Stab führt, der die treibende Kraft für die Aufführung bedeutet. Wir sind gespannt, welches Gepräge der Kapellmeister Walter Schmidt der nächsten Novität, die er selbst einstudiert, geben wird. Einige kleine Schwankungen, die gestern bei dem bunt zusammengewürfelten Ensemble vorkamen, können den günstigen Eindruck nicht im geringsten verwischen.

Bediente man sich notgedrungen in der vergangenen Spielzeit einer auswärtigen Stütze, so gewann man gestern den Eindruck, daß unsere neue Operettendiva, Martha Römer aus Salzburg, ein durchaus annehmbarer Ersatz für Margarete Röhner sein wird. Schon die Tatsache, daß sie als Nachfolgerin unseres Sternes am Operettenhimmel die Feuerprobe gut bestand, sagt genug. Eine vorteilhafte Erscheinung, schöne Stimme und großes Spieltalent bringt sie mit. Wir haben allen Grund, mit dieser Erwerbung an neuem „lebenden Inventar" zufrieden zu sein.

Den stärksten Erfolg errang jedoch der neue Tenor Kurt Schütt aus Hannover. Wohl ist sein Organ in der Mittellage noch nicht so ausgeglichen, daß der anspruchsvolle „Merker" wunschlos zuhört. Dafür ist aber seine hohe Lage um so schöner. Und er weiß sie äußerst geschmackvoll zu verwenden! Für einen Operettentenor ist die Stimme fast schon zu groß. Man ist eine solche Tonfülle, wie sie das neue Mitglied verschwenderisch gibt, in der Operette gar nicht gewohnt. Doch sage ich nicht, daß das ein Fehler sei. Besser zu viel Ton als zu wenig! Da nun Kurt Schütt auch eine elegante Figur hat, durfte er uns einen glänzenden Baron von Eisenstein vorführen. Sein Spiel ist sehr sympathisch und wohl durchdacht. Am Schluß des zweiten Aufzuges in der Abschiedsszene verlieh er dem Werke und speziell seiner Partie eine ungeahnte Größe. Er wußte zu packen und zu erschüttern. Wir sind auf seine weiteren Taten ungemein gespannt.

Max Stojewski ist ein vortrefflicher Baron Zsupan. Er wußte den geistig Minderjährigen sehr gut zu charakterisieren und erweckte auch als Sänger gute Hoffnungen.

Neu war noch Robertine Kühn als „Manja", der sie anmutige Züge verlieh. Sie hielt selbst noch tapfer aus, als die neue Lichtanlage überzeugend nachwies, daß nichts vollkommen in der Welt ist. Eine Zeitlang herrschte ägyptische Finsternis im Theater. Ueberhaupt ist die Beleuchtung der Bühne schon mehrmals bei Gedanken wach, daß kein Meister vom Himmel fällt mitten in die Beleuchtungsanlagen hinein. Aber ich erinnere an das Wort: Früh übt sich, was ein Meister werden will. Nicht abends!

Daß Anny Kunze als Komteß Lisa wieder aller Herzen im Fluge gewann, daß Hermine Ziegler, Paul Herrl und Otto Tiedemann die Lacher auf ihrer Seite hatten, war vorauszusehen, und so war es kein Wunder, daß am Schluß wie nach fast jeder einzelnen Nummer starker Beifall einsetzte. Die glänzende Inszenierung und die prächtigen Gewänder bildeten eine wahre Augenweide.

Die kleinen Rollen waren mit Lori Hein, Emanuel von Weber, Werner Tiedemann und Hans Burchardt gut besetzt.

Das Haus war fast bis auf den letzten Platz ausverkauft.

Martin Frey.

Das erste Kirchenkonzert der diesjährigen Konzertsaison.

Anläßlich der Einweihung der neuen Orgel fand Sonntag abend ein Kirchenkonzert in St. Moritz statt, zu dem neben dem einheimischen Konzertorganisten Adolf Wieber, der Orgelmeister Günther Ramin (Leipzig) und der in Halle bestens bekannte Bariton Prof. Dr. Hans Joachim Moser (Heidelberg) verpflichtet worden waren. Im Gedenken an den größten hallischen Organisten Samuel Scheidt brachte Günther Ramin eine Fantasie des Komponisten der „Tabulatura nova" mit meisterhafter Vollendung zum Vortrag. Entzückte die allerorts gefeierte Künstler auch ferner in einem Präludium und Fuge des Altmeisters J. S. Bach und der bekannten Mendelssohn-Bartholdyschen Orgelsonate über den Choral „Vater unser im Himmelreich", so erklomm er in der Wiedergabe von Max Regers monumentaler „Phantasie und Fuge über B—A—C—H" gigantische Höhen, in denen wohl nur die wenigsten Organisten der Gegenwart folgen können. Daß dem Künstler bei der Lösung seiner Aufgaben die Güte des Instruments, das in einigen Mixturen jedoch etwas scharf und hart klingt, große Dienste geleistet hat, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Auch Prof. Dr. Hans Joachim Moser offenbarte sich wieder mit seinem feinburchgeistigten Vortrag. Besonders die von ihm bearbeiteten drei Gesänge Martin Luthers bildeten den Höhepunkt seiner gestrigen Leistungen, den der Künstler selbst in dem herrlichen „Zaglied" des 1875 geborenen Münchener Komponisten Walther Courvoisier nicht wieder zu erreichen vermochte. Am wenigsten entsprachen das Arioso und die Arie aus der Kantate Nr. 81 von Joh. S. Bach: Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam" — als Komposition betrachtet — unserm Geschmack, die in ihrer opernhaften Aufmachung wohl dem Organisten bei der Begleitung dankenswerte Aufgaben stellt, dem Sänger jedoch mit ungemein schwierigen und undankbaren Passagen und Sprüngen entgegentritt, Hindernisse, die Prof. Dr. Moser mit bewunderungswürdiger Sicherheit zu bewältigen wußte.

Adolf Wieber hatte dabei reichlich Gelegenheit, sich wieder einmal als feinfühliger Begleiter zu zeigen und wußte besonders den Orgelpart zu dem bereits erwähnten „Taglied" Courvoisiers in einer Form zum Ausdruck zu bringen, die die schönsten Hoffnungen für die Zukunft unseres jungen hallischen Orgelmeisters wach werden ließ.

Die Kirche war besetzt bis auf den letzten Platz, und alle Besucher verließen die alte Hallorenkirche zu St. Moritz mit dem bestimmten Bewußtsein, einige herrliche, tiefgehende und genußreiche Stunden verlebt zu haben inmitten unserer an wahrem Gefühlsleben so armen Zeit.

Kurt Hennemeyer.

Gustav Kadelburg.

Wie wir in der letzten Nummer kurz mitteilten, ist der Lustspieldichter Gustav Kadelburg verstorben. Der Dichter wurde am 26. Juli 1851 in Budapest als Sohn deutscher Eltern geboren. Früh von der Theaterkunst angezogen, bereitete er sich bei Door, Strakosch und Deutschinger für die Bühnenlaufbahn vor. Es gelang ihm, an Laubes Wiener Stadttheater, am Berliner Wallner-Theater, in Hamburg und am Deutschen Theater unter L' Arronge einer der beliebtesten Bonvivants seiner Zeit zu werden.

Einige Jahre später wandte er sich ausschließlich der Bühnenschriftstellerei zu und erwarb sich als Meister der Situationskomik und der Schaffung drolliger, für Schauspieler und Publikum gleich dankbarer Typen weithin einen guten Namen.

Zuerst in Gemeinschaft mit Oskar Blumenthal und Franz v. Schönthan, später gemeinsam mit Presber und Skowronnek, hat er eine große Reihe von Schwänken geschrieben, die teilweise noch heute Zugkraft haben: man braucht nur an „Großstadtluft", „Husarenfieber" oder den „Blinden Passagier" zu denken. Sein bekanntestes Stück heißt „Im weißen Rößl", das heute noch viel Erfolg bringt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250915017/fragment/page=0002